

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
5. 5. 1966
10. JG. / 33 603
15 PFENNIG

Nobelpreisträger Prof. Max Born

Prof. Max Born - Nobelpreis für Physik 1954, einer der Begründer der Quantenmechanik, Mitunterzeichner des Appells der Göttinger Achtzehn gegen die westdeutsche Atomrüstung - richtete jüngst nachstehenden Brief an den Vorsitzenden der westdeutschen Industriegewerkschaft Metall, Otto Brenner.

an Otto Brenner

Was mich bewegt, Ihnen zu schreiben, sind die Notstandsgesetze, die ich für eine der schlimmsten, verderblichsten und gefährlichsten Maßnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik halte. Ich weiß, daß Sie einer der wenigen Männer von Einfluß in diesem Lande sind, die sich bisher gegen diese Gesetzgebung gewehrt haben.

Ich finde es ganz unerträglich, die Bestimmungen, die dieses Jahr in Kraft treten sollen, zu verkennen und ihnen zu folgen, vor allem das, was unmittelbare Kriegsvorbereitung ist. Ich bin ein Physiker, der sich ein wenig mit dem Nutzen der Atomenergie befaßt, ist es Unsinn, sich Gedanken machen kann es kaum einen anderen Zweck haben, als die Volksmassen in die Hand der Militärdiktatur zu bekommen, um eine Kriegsvorbereitung vorzubereiten. Wenn einige Physiker anderer Meinung sind, so ist das nur so zu erklären, daß bei ihnen in vaterländischen Fronten ein sachliches Urteil von Tradition verdrängt ist. Tatsächlich werden diese Notstandsgesetze im Ausland als Beweis deutscher Reueabsichten angesehen.

Unpolitisch sind die Notstandsgesetze in dem Sinne, die noch schwache und unsichere deutsche Demokratie zu zerstören. Sie zielen auf die Wiederaufrichtung eines Obrigkeitsstaates und zielen sich gegen die Ansätze bürgerlicher Verantwortlichkeit, die sich gebildet haben.

Ich bin 83 Jahre alt, herzkrank und zu alt, um etwas zu tun. Auch zum Wiederauswandern bin ich zu alt und könnte es meiner ebenfalls herzkrankten Frau nicht zumuten. Die Erfahrung meines langen Lebens hat mir gezeigt, daß mein politisches Urteil nicht schlecht ist. In den meisten Fällen habe ich die politische Entwicklung richtig vorhergesehen. Das wird man aus meinem Briefwechsel mit Einstein entnehmen können, wenn dieser - nach meinem Tode - wiederveröffentlicht wird. Heute sehe ich in der Notstandsgesetzgebung die Vorstufe zur letzten Katastrophe Deutschlands - und vielleicht der Menschheit überhaupt; denn alle Völker sind ja gleichgeschicksalsgenossen, die einen schuldig, die anderen weniger.

Ich bitte Sie, alles zu tun, daß diese Gesetzgebung nicht fortgesetzt wird, sondern, wenn möglich, abgebaut wird.

Ihr sehr ergebener Max Born

Im Demonstrationzug der Karl-Marx-Universität am 1. Mai beeindruckte die große innere Anteilnahme, die die weit über 10 000 Wissenschaftler, Arbeiter, Angestellten und Studenten vor allem beim Vorbeimarsch an der Tribüne zum Ausdruck brachten. Führende Wissenschaftler der Medizinischen Fakultät grüßten mit einem Sprechchor, Historiker mit der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in der Hand, Juristen zeigten Nachbildungen ihrer Publikationen. Studenten der Journalistik, der Rechtswissenschaft, der Staatsbürgerkunde, Zahnmedizin und vieler anderer Bereiche boten ein eindrucksvolles Bild.

Foto: Katsch



Veränderungen in Westdeutschland erforderlich

Genosse Hans Lauter, Teilnehmer am 12. Plenum, sprach an der Universität

Vor mehr als 500 Agitatoren der Parteiorganisation, der Gewerkschaftsorganisation und des FDJ-Kreisverbandes an der Universität sprach Genosse Hans Lauter, Sekretär der SED-Bezirksleitung, einen Tag nach Beendigung des 12. Plenums des ZK der SED, an dessen Beratungen er teilgenommen hatte, zum Thema „Die Grundfragen unserer nationalen Politik und der Dialog zwischen SED und SPD“ und gab damit den Auftakt für eine neue Etappe des großen politischen Gesprächs, das durch die nationale Initiative unserer Partei ausgelöst worden war.

Genosse Dr. Harry Pawula, Stellvertreter des Sekretärs der Universitäts-Parteileitung, forderte die Agitatoren auf, ohne Verzug auf Versammlungen der Partei-, FDJ- und Gewerkschaftsgruppen in allen Bereichen die von Genossen Lauter dargelegten aktuellen Probleme unseres Kampfes zu erläutern sowie das Studium der Materialien des XXIII. Parteitag der KPdSU, des 12. Plenums und der Rede Walter Ulbrichts auf der Festveranstaltung zum 28. Jahrestag der SED zu organisieren.

Anteil am guten Gelingen der Großveranstaltung hatte die aus Mitgliedern des Akademischen Orchesters gebildete Blaskapelle, die mit Kampfliedern der Arbeiterklasse ihr Debüt gab.

Im folgenden möchten wir einige der wichtigsten von Genossen Lauter vorgetragenen Grundgedanken und Tatsachen zusammengefaßt wiedergeben.

Warum verschärfte sich die Lage?

Ausgangspunkt für die nationale Initiative unserer Partei ist die Verschärfung der Lage durch den Imperialismus, der nicht stärker geworden ist, aber aggressiver. Im Zusammenhang mit der technischen Revolution haben sich die kapitalistischen Grundwidersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und innerhalb dieser Staaten - vor allem in den USA und Westdeutschland - außerordentlich verschärft. Die Vereinigten Staaten wollen sie durch den Krieg in Vietnam lösen. Bereits seit vier bis fünf Jahren drosseln in den USA ganze Industriezweige ihre Produktion um 30 bis 50 Prozent. Es gibt mehr als 5 Millionen Arbeitslose, ihre Zahl erhöht sich jetzt jährlich um 800 000. Durch Rüstungsproduktion aber werden eine Reihe eingestellter Betriebe wieder in Gang gesetzt, und hier werden höchste Dividenden - bis 22 Prozent - gezahlt.

Die westdeutschen Imperialisten gehen bei ihrer Politik davon aus, daß morgen in der Bundesrepublik eine ähnliche Situation eintreten kann, und sie wollen ihr durch Verschärfung der Lage zuvorkommen. Bereits in den Jahren 1964/65 war

ein Rückgang der Hochkonjunktur zu verzeichnen. 1963 blieb die Wachstumsrate der Produktion hinter der Frankreichs, Italiens u. a. westeuropäischer Länder zurück.

Deshalb verbirgt sich hinter dem Wort „Strauß“ „Wir sind ökonomische Riesen, aber politische Zwerge“ ihr ganzes aggressives Programm. Die ökonomischen Grundlagen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zwingen die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik zu Maßnahmen, um im Konkurrenzkampf mit den USA, den anderen imperialistischen Staaten und den sozialistischen Ländern bestehen zu können. Das sind die Ursachen für den aggressiven Kurs des Bonner Staates. Im Interesse der Erhöhung ihrer Profite streben die westdeutschen Monopole nach neuen Anlagegebieten für ihr Kapital. Die Rüstungsindustrie wird zum tragenden Element der „fortschrittlichen Gesellschaft“. Bereits heute sind eine Million Beschäftigte unmittelbar in der Rüstungsindustrie tätig. Die Verschärfung der Lage in Deutschland erfolgt also nicht schlechthin durch das Auftreten revanchistischer Führer, sondern hat zugleich unmittelbar ökonomische Ursachen.

Was ist zu tun, um dieser verhängnisvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten?

Die Arbeiterklasse, die nicht an Profit und Krieg interessiert ist, ist die Kraft, die zur Verhinderung dieses gefährlichen Programms imstande ist. Davon ausgehend wandte sich die SED mit dem Ziel der Verständigung über die Grundfragen der Entwicklung in Deutschland an die SPD, von deren 710 000 Mitgliedern 52 Prozent der Arbeiterklasse angehören und von deren 13 Millionen Wählern 70 bis 80 Prozent Arbeiter sind, die ihre Hoffnungen auf die SPD setzen. Deshalb ist die Verständigung dieser beiden größten Parteien notwendig.

Welche Politik betreibt der SPD-Parteivorstand?

Beim Kampf um die Sicherung des Friedens geht es heute darum, der CDU/CSU eine Niederlage beizubringen; gegen sie gilt es den Hauptstoß zu richten. Um so bedauerlicher ist es, daß der SPD-Vorstand den Grundfragen ausweicht, die Politik der Anpassung an die CDU/CSU noch nicht aufgegeben hat und sich in den begrenzten Dialog zwischen unseren beiden Parteien hineinreden läßt. Die Politik der Anpassung kommt darin zum Ausdruck, daß sich der Parteivorstand der SPD nicht von dem schmutzigen USA-Krieg lösen und das vietnamesische Volk distanzieren, daß sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende Erler in den USA für westdeutsche Verfügungsgehalt über Atomwaffen einsetzte und daß sich die SPD-Führung dazu hergab, das als „Friedensmemorandum“ verkappte Manöver zur Verwirklichung der aggressiven Ziele des deutschen Imperialismus zu unterstützen, die auf Annexion der DDR - auf der Grundlage des Bonner Alleinvertretungsanspruches - und auf Wiederherstellung der Grenzen von 1937 gerichtet sind.

SPD braucht echtes Alternativprogramm

Ohne tiefgreifende politische Veränderungen in Westdeutschland ist nur schwer zu verhindern, daß von deutschem Boden erneut ein Krieg ausgeht, nur durch diese Veränderungen können die Voraussetzungen für die Verständigung der beiden deutschen Staaten geschaffen werden. Dabei gründen sich die von Walter Ulbricht in seiner Rede zum 20. Jahrestag der SED entwickelten Forderungen auf Forderungen der westdeutschen Gewerkschaften, der Intellektuellen, der Bauern usw.; sie wurden von uns lediglich zusammengefaßt. In Westdeutschland haben Bestrebungen nach Veränderungen Fuß gefaßt. Die Arbeiterklasse muß jetzt die Kraft zur Durchsetzung dieser Veränderungen aufbringen. Nach den Bundestagswahlen werden innerhalb der SPD die Stimmen immer stärker, die sich für ein echtes Alternativprogramm gegenüber der CDU/CSU einsetzen. Das war auch die Ursache dafür, daß der Parteivorstand das Verständigungsangebot unserer Partei nicht unbeantwortet lassen konnte. Dafür spielte aber auch die Tatsache, daß sich die DDR ökonomisch gefestigt hat, eine maßgebliche Rolle.

Monopole spalteten Deutschland

Die Anerkennung der DDR liegt auch im Interesse der Bürger der Bundesrepublik, erklärte Genosse Lauter zu dem Argument, es ginge uns nur darum, die Anerkennung der DDR zu erreichen. Deutschland wurde aus Furcht vor der Durchführung antifaschistisch-demokratischer Maßnahmen von den deutschen und amerikanischen Imperialisten gespalten, wobei sie von den rechten SPD-Führern unterstützt wurden. Hessen hatte sich durch Volksabstimmung eine sozialistische Verfassung gegeben, der Landtag von Nordrhein-Westfalen hatte die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie, der Banken usw. beschlossen, in vielen Orten gab es ähnliche Forderungen - all diese Maßnahmen wurden jedoch durch Besitzerbefehl außer Kraft gesetzt.

Genosse Lauter ging in diesem Zusammenhang des weiteren ausführlich auf die Entstehung und Geschichte des Westberlin-Problems ein und wies nach, daß auch hier alle Spaltungsbestrebungen dazu dienen, eine demokratische Entwicklung aufzuhalten. Wir sind für die Weiterführung des Dialogs mit dem Ziel, die Grundfragen zu klären, sagte er abschließend. Wir müssen aber verlangen, daß für das Auftreten von Vertretern der SED in Westdeutschland gleiche Bedingungen geschaffen werden, wie wir sie den Vertretern der SPD gewährleisten. Im Interesse des sachlichen Gesprächs schlägt unsere Partei deshalb vor, die Versammlungen in Karl-Marx-Stadt und Essen nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen stattfinden zu lassen, da dann günstigere Bedingungen zu erwarten sind, als sie jetzt bestehen.